

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 38/006/2025

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 12.06.2025

Zu Punkt 7:	Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft
--------------------	---

Herr Hanheide erläutert, dass der Kreis mit dem dargestellten Beschlussvorschlag versuche, sich der ständig verändernden Krankenhauslandschaft anzupassen. Die zentrale Notaufnahme in Langenfeld werde im Laufe des Jahres geschlossen. Rettungsmittel seien immer noch zu lange unterwegs. Aus dem Südkreis müssten diese künftig noch länger zur zentralen Notaufnahme nach Hilden fahren. Die zentrale Notaufnahme in Hilden solle noch ausgebaut werden. Die Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann werde immer überschaubarer. Er hoffe, dass der Krankenhausabbau nun ein Ende erreicht habe. Er betont aber auch, dass der Kreis wenige Chancen auf ein Eingreifen habe. Weiter erläutert Herr Hanheide, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage erstmalig einen ungewöhnlichen Weg gehe, da der Beschlussvorschlag einige Vorbehalte enthalte. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass diese Sitzung durch die bevorstehenden Kommunalwahlen die letzte dieses Ausschusses für dieses Jahr sei. Ob die Kostenträger dem Entwurf zustimmen werden, könne derzeit noch nicht gesagt werden. Die Stadt Hilden stehe der geplanten Ausweitung ihres Rettungsdienstes kritisch gegenüber und habe sich mit einem Schreiben an den Kreis gewandt. Es sei aber auch keine Option, den Rettungsdienst nicht auszuweiten, denn dann könnte dieser nicht mehr sichergestellt werden. Herr Hanheide weist außerdem darauf hin, dass die Ergänzung des Bedarfsplanes nicht sofort umgesetzt werden könne, da zunächst die erforderlichen Personal- und Sachmittel beschafft werden müssen. Rettungswagen hätten derzeit beispielsweise eine Lieferzeit von etwa drei Jahren. Ein zweites Thema sei der Ausbildungsbedarf an Notfallsanitätern.

Flankiert werde das ganze Thema von der Idee des Landes, die Organisation des Rettungsdienstes auf die Kreise hochzuziehen. Von dieser Idee lasse sich das Land den neuesten Erkenntnissen nach wohl auch nicht mehr abbringen. Der Kreis Mettmann habe diese Aufgabe weitestgehend auf die kreisangehörigen Städte delegiert. Künftig seien voraussichtlich öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit jeder Stadt erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei dem Thema Rettungsdienst sei die abnehmende Bereitschaft der Kostenträger vollumfänglich die Kosten zu tragen.

KA Kapell erklärt, er sehe die Probleme, er sehe darin aber auch Chancen.

SB Martin teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er fragt zudem im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf und die faktische Umsetzung, ob die angesprochenen Rettungswachen im Südkreis zum Zeitpunkt der Schließung der Notaufnahme in Langenfeld schon aktiv seien. Außerdem hakt er nach, inwieweit sich die Einsatzzeiten erhöhen und dadurch auch weniger Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Köster spricht zunächst neben der geplanten gesetzlichen Neuerung durch das Land noch eine weitere erwartete Änderung durch den Bund in Form des Notfallreformgesetzes an. Dieses habe der alte Bundestag Ende letzten Jahres nicht mehr beschließen können. Er hoffe aber, dass es nun durch den neuen Bundestag zeitig umgesetzt werde.

In den Gerätehäusern in den Wachen in Wiescheid und Reusrath könnten die Fahrzeuge im Bestand unterkommen. Die Stadt Solingen habe einen Versorgungsengpass im westlichen Stadtgebiet. Hier prüfe man mögliche Kooperationen. Grundsätzlich habe der Kreis das Ziel, die Hilfsfristen zu verbessern. Bisher hätte es in Langenfeld im Süden und Osten keinen Rettungswagen gegeben, dies würde sich nun durch die Unterbringung in den Gerätehäusern in Wiescheid und Reusrath immerhin ändern.

In einem der letzten Ausschüsse sei schon einmal besprochen worden, dass teilweise Notrufe abgesetzt werden, obwohl keine wirklichen Notfälle vorliegen. KA Gafari fragt in diesem

Zusammenhang nach, wie man diese Situation durch eine bessere Information der Bevölkerung verbessern könne.

Herr Dr. Köster erklärt, dass genau dort auch durch Bund und Land angesetzt werden soll. Die Schnittstellen zu anderen Hilfsmöglichkeiten sollen verbessert werden. Dies würde die Anzahl der eingehenden Notrufe zwar nicht unbedingt verbessern, diese könnten aber zielgerichteter und einfacher verteilt werden.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte weitere Ergänzung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann vom 13.12.2021 wird unter dem Vorbehalt der Erklärung des Einvernehmens der Verbände der Krankenkassen sowie der betroffenen Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Kreisausschuss am 03.07.2025

Zu Punkt 13: Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft
--

Herr Schams führt aus, dass die aktuellen Veränderungen bei der Krankenhausversorgung im Kreis Mettmann – konkret die von der GFO-Klinik Mettmann-Süd angekündigte Schließung der Zentralen Notaufnahme (ZNA) am Standort Langenfeld bzw. die Zentralisierung der Notaufnahme am Standort Hilden noch in diesem Jahr – zwingend eine weitere Anpassung der bestehenden Rettungsdienstbedarfsplanung mit Auswirkungen auf mehrere Städte innerhalb des Kreises Mettmann erfordern. Es seien auf Grundlage aktueller Zahlen der Kreisleitstelle eine Neubewertung unter Berücksichtigung der längeren Transportwege des Rettungsdienstes in umliegende Kliniken durchgeführt und Kompensationsmaßnahmen entwickelt worden (Erhöhung der Rettungsmittelvorhaltung; Erhöhung Personalbedarf). Ersichtlich sei, dass die Umsetzung bei den betroffenen Trägern rettungsdienstlicher Aufgaben zu immensen Problemen führen werde, sowohl in personeller als auch in baulicher und finanzieller Hinsicht. Der Kreis habe die kreisangehörigen Städte angeschrieben und gebeten, den leider unumgänglichen Weg der Anpassung der Bedarfsplanung mitzugehen und ihr Einverständnis zur vorliegenden Ergänzung zu erklären. Zugleich werde der Kreis sämtliche ihm mögliche Unterstützungsmaßnahmen ergreifen.

KA Köster-Flashar verweist auf die Novelle des Rettungsdienstgesetzes; damit verbunden seien große Aufgaben für den Kreis zu. Zudem bedankt sie sich bei der Verwaltung für die bisherigen und auch weitergehenden Informationen.

Auf die Nachfrage von KA Hagling antwortet Herr Schams, dass noch kein offizielles Einverständnis der Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein eingegangen sei, allerdings auf der Arbeitsebene bereits positive Signale vernommen werden konnten.

Landrat Hendele verdeutlicht nochmals die bei der gegenwärtigen Entwicklung auf den Kreis zukommenden Aufgaben (u.a. Trägerschaft für den Rettungsdienst, Personal, Liegenschaften).

KA Geyer verweist auf die abnehmende hausärztliche Versorgung. Viele Ärztinnen und Ärzte gehen in Rente. Dieses Szenario werde zu einer landesweiten Unterversorgung führen. Aus diesem Grunde sei zeitnah konkreter über ein medizinisches Versorgungszentrum in Trägerschaft des Kreises nachzudenken.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte weitere Ergänzung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann vom 13.12.2021 wird unter dem Vorbehalt der Erklärung des Einvernehmens der Verbände der Krankenkassen sowie der betroffenen Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Kreistag am 10.07.2025

Zu Punkt 14: Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft
--

KA Switalski berichtet.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte weitere Ergänzung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann vom 13.12.2021 wird unter dem Vorbehalt der Erklärung des Einvernehmens der Verbände der Krankenkassen sowie der betroffenen Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen